

PRESSEMITTEILUNG - PRESSEMITTEILUNG

Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e.V.

70794 Filderstadt, Karl-Benz-Straße 19

Tel. 0711 12851611, Telefax 0711 12851615

E-Mail post@fwvbw.de

www.feuerwehrverband-bw.de

22. Oktober 2016



Achtung: Sperrfrist: Samstag, 22. Oktober 2016, 15:00 Uhr

Ehrenamt ist für Feuerwehren unverzichtbar

Jahrestagung des Landesfeuerwehrverbandes in Buchen

Buchen - Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg forderte bei seiner Jahresversammlung (22. Oktober 2016) in Buchen die Kommunen und das Land auf, das Ehrenamt in den Feuerwehren weiter zu stärken. Nur mit einem starken Ehrenamt lasse sich in Zukunft das bewährte Feuerwehrsystem in Baden-Württemberg erhalten. Die Feuerwehren forderten weiter, die Leitstellen in die Trägerschaft der öffentlichen Hand zu überführen. Sie weisen zudem Vorwürfe zurück, wonach sie im vorbeugenden Brandschutz überzogene Forderungen stellen würden. Diese Forderungen kämen einzig und allein von den Baurechtsbehörden; vorbeugender Brandschutz sei keine originäre Feuerwehraufgabe.

Der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg hat ein Strategiepapier zur Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren veröffentlicht. Dieses zeigt zahlreiche Möglichkeiten auf, wie der ehrenamtliche Feuerwehrdienst gefördert werden kann.

„Oftmals“ so Verbandspräsident Dr. Frank Knödler, „ist dies mit gutem Willen seitens der politisch Verantwortlichen und ohne besonderen finanziellen Aufwand schnell und einfach möglich.“

Der Landesfeuerwehrverband hat sich in Buchen besonders nachhaltig für die Anerkennung des Feuerwehrdienstes bei der Rente eingesetzt. „Angesichts der Leistungen der ehrenamtlichen Feuerwehrleute und der Herausforderungen des Feuerwehrdienstes muss dieser bei der Altersrente berücksichtigt werden“ warb Knödler.

Ergänzend hierzu veröffentlichte der Landesfeuerwehrverband eine Empfehlung zur Höhe der Aufwandsentschädigungen. „Das Ehrenamt lebt vom Verzicht auf personelle und materielle Vorteile. Der Ausübende darf aber keinen finanziellen Verlust erleiden,“ begründete Knödler den Vorstoß des Verbandes.

Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung sieht vor, die Leitstellenlandschaft in den Bereichen Feuerwehr und Rettungsdienst zu überprüfen. Die 500 Vertreter aller Feuerwehren des Landes unterstützten diese Absicht in Buchen einmütig. „Damit,“ so Knödler, „hat die neue Regierung eine alte Forderung des Landesfeuerwehrverbandes aufgegriffen.“ Der Verband habe bereits mehrfach ein Leitstellengesetz für Baden-Württemberg gefordert, aus dem klare Vorgaben über Anzahl und Größe der Leitstellenbereiche hervorgehen sollten, verwies der Verbandspräsident auf frühere Vorschläge. „Zudem“, so forderte Knödler weiter, „gehören die Leitstellen in die Trägerschaft der öffentlichen Hand!“

Auch der vorbeugende Brandschutz war in Buchen ein herausragendes Thema. Dabei erinnerte Präsident Knödler an die jüngsten Aussagen von Kommunalpolitikern und auch des Ministerpräsidenten. Diese hätten der Feuerwehr überzogene Forderungen im vorbeugenden baulichen Brandschutz vorgeworfen. Übereinstimmend verwiesen die Feuerwehrvertreter auf die hierfür gültigen Rechtsgrundlagen. Der vorbeugende

Brandschutz sei „glasklar“ Baurecht und kein Feuerwehrrecht. Die Normen würden vom Gesetzgeber beschlossen und die Feuerwehren vollkommen zu Unrecht für Kosten oder Probleme an den Pranger gestellt. Verantwortlich für die Umsetzung der Vorgaben aller baurechtlichen Regelungen seien einzig und allein die Baurechtsbehörden. Präsident Knödler wurde an dieser Stelle sehr deutlich: „Anstatt laut zu schreien wäre es sinnvoller, wenn die Verantwortlichen in ihren eigenen Reihen Ursachenforschung betreiben würden, als auf die Brandschützer einzuschlagen!“

Daten und Infos

Der Landesfeuerwehrverband repräsentiert die Feuerwehren nach außen und vertritt ihre Interessen gegenüber der Öffentlichkeit, Verwaltung und Regierung sowie gegenüber den Trägern der Feuerwehren.

Er ist ein eingetragener Verein. Über die 42 Stadt- und Kreisfeuerwehrverbände gehören alle Feuerwehren einschließlich der Berufs- und Werkfeuerwehren dem Landesfeuerwehrverband an. Insgesamt vertritt er

- 107.000 Freiwillige in 1.100 Feuerwehren
- 2100 hauptamtliche Kräfte unter anderem in 8 Berufsfeuerwehren
- 6.100 Angehörige in 165 Werkfeuerwehren
- 29.000 Angehörige in 1.000 Jugendfeuerwehren
- 31.400 Angehörige der Altersabteilungen

2015 wurden die Feuerwehren im Land zu 137.000 Einsätzen gerufen. Davon entfielen auf Brände und Explosionen 20.000 Einsätze, auf technische Hilfsleistungen 53.000 Einsätze oder 28.000 auf Fehllarme. Die Gemeindefeuerwehren haben 2015 9.300 Menschen gerettet. Bei 1.300 kam jede Hilfe zu spät.